

Zeitschrift: Energieia : Newsletter des Bundesamtes für Energie
Herausgeber: Bundesamt für Energie
Band: - (2009)
Heft: 4

Artikel: Energie auf der Politbühne
Autor: Buchs, Matthieu
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-639910>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Energie auf der Politbühne

Um der Wirtschaftskrise zu begegnen, haben viele Länder – darunter die Schweiz – Ankurbelungsprogramme lanciert, die den Energie- und Umweltmassnahmen zu Gute kommen. Was halten die Präsidenten der fünf grössten Parteien vor diesem Hintergrund von der Schweizer Energiepolitik? Die Antworten auf fünf Schlüsselfragen.

Ueli Leuenberger, Grüne Partei der Schweiz:

1. Die Krise ist eine Chance, wenn die Schweiz die Krise nutzt und umsattelt auf eine grüne Wirtschaft. Sie muss mit einem «Green New Deal» jetzt Massnahmen beschliessen, um die Finanzkrise, die Rohstoffkrise und die Klimakrise gleichermaßen zu bekämpfen. Die energiepolitischen Elemente sind daher auch bei den Konjunkturpaketen zentral: Gebäudesanierungen, Förderung von erneuerbaren Energien und Massnahmen zum Klimaschutz schaffen Arbeitsplätze, schützen die Umwelt und machen uns unabhängig von Erdöl und Uran. Übergeordnet braucht es zudem die sofortige Einführung einer ökologischen Steuerreform.

Fünf Schlüsselfragen

1. Sehen Sie die globale Finanzkrise als Chance oder als Gefahr für die Energiepolitik der Schweiz?
2. Stellt die schweizerische Energiepolitik einen Gewinn oder eher ein Handicap für die Wirtschaft in unserem Land dar?
3. Welche konkreten Lösungen sehen Sie, um die Versorgungssicherheit im Elektrizitätsbereich in der Schweiz auch in Zukunft sicherzustellen?
4. Selbst mit einem Literpreis von gegen zwei Franken an der Zapfsäule gelingt es der Schweiz nicht, die durch die Mobilität verursachten CO₂-Emissionen zu reduzieren. Welche Massnahmen würden Sie hier vorschlagen?
5. Soll die Energiepolitik durch Zwangsmassnahmen wie zum Beispiel Verbrauchsvorschriften für Apparate verschärft werden, oder ist es besser, das freiwillige Engagement der Bürger und der Industrie für Energieeffizienz und erneuerbare Energie zu fördern?

2. Klare energiepolitische Rahmenbedingungen sind ein Vorteil. Problematisch sind unklare Rahmenbedingungen, da sie keine Investitionssicherheit gewähren. Die kostendeckende Einspeisevergütung ist ein gutes Beispiel: Das bestehende Stop-and-Go bei der Förderung der Alternativenenergien verhindert viele sinnvolle Investitionen in grünen Branchen. Besser wäre auch aus Sicht der Wirtschaft die Aufhebung der Mengengrenzung.

3. Die Schweiz muss endlich bei der Energieeffizienz vorwärts machen. Im Industriesektor beispielsweise liegt hier ein riesiges Potenzial brach. Es braucht verbindliche Mindestanforderungen für den Energieverbrauch elektrischer Motoren. Das Top-Runner-Prinzip ist einzuführen. Die Mindestanforderungen in Sachen Energieeffizienz werden so laufend überprüft und angehoben. Dem Stromverschleiss muss endlich Einhalt geboten werden. Der verbleibende Strombedarf liesse sich dann spielend mit grünem Strom decken.

4. Die CO₂-Abgabe auf Treibstoffen muss so eingeführt werden, dass sie einen Lenkungseffekt bringt. Ein Preisaufschlag von 50 Rappen genügt eben nicht. Dazu sollten andere Lenkungsinstrumente gesamtschweizerisch zur Anwendung kommen. Zum Beispiel das Bonus-Malus-System bei der Autoimport- und Strassenverkehrssteuer. Die Beiträge müssen dabei relativ zum Kaufwert der Fahrzeuge ins Gewicht fallen – sonst zeigt auch dieses Instrument keine Wirkung. Zusätzlich fordern die Grünen mit der Stopp-Offroad-Initiative ein Verbot von besonders klimaschädigenden Fahrzeugen.

5. Eine griffige Energiepolitik braucht einen Instrumentemix.

Christian Levrat, SP Schweiz:

1. Es ist eine Chance. Doch muss man sie packen können: die meisten Industrieländer benutzen die Krise, um eine innovative Energiepolitik zu führen. Sie investieren in grossem Massstab in die erneuerbaren Energien und versuchen, ihre Wirtschaft für den nächsten Aufschwung in Stellung zu bringen. Sie zögern nicht, die laufenden Konjunkturprogramme dazu zu benutzen, um den Strukturwandel ihrer Industrie zu beschleunigen. Erstaunt stelle ich fest, dass in der Schweiz manche gegen diese Massnahmen noch etwas doktrinär argumentieren.

2. Eher ein Gewinn. Unsere Anstrengungen sind jedoch noch ungenügend. Wir alle sollten bei der Industrie darauf beharren, dass sie nachhaltige Wachstumsmodelle entwickelt. Die Massnahmen der Behörden sollten in der Industrie dazu führen, die Effizienz ihres Energieverbrauchs zu erhöhen und sich schnell von ihrer Abhängigkeit von den fossilen Energien zu befreien. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Autoindustrie zeigen das hohe Interesse der Allgemeinheit an einer vorbeugenden Industriepolitik.

3. Massive Investitionen in die Energieeffizienz und die Förderung erneuerbarer Energien. In letzter Zeit wurden Fortschritte erzielt, dank dem Einsatz der SP auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene. Wir sind jedoch noch weit vom Ziel entfernt.

4. Wir müssen das Angebot des öffentlichen Verkehrs ausbauen, um eine Verlagerung zu erzwingen. Und die Autoindustrie dazu verpflichten, andere Technologien zu entwickeln, die auf der Elektrifizierung der Fahrzeugflotte beruhen.

5. Persönliche Freiheit und zwingende Massnahmen sind oft vereinbar. Beispielsweise das Verbot von besonders verschwenderischen Geräten zu Gunsten von anderen, welche dieselbe Leistung erbringen, beeinträchtigt die Lebensqualität unserer Mitbürger in keiner Weise. Gleichzeitig stellen selbst strenge Einschränkungen des Standby-Betriebs der Fernseher keine unerträglichen Eingriffe in unsere Privatsphäre dar. Diese Massnahmen müssen unverzüglich ergriffen werden.

Christophe Darbellay, CVP Schweiz:

1. Die Krise bedroht viele Arbeitsplätze und verschont die Schweiz nicht. Wenn wir daraus Nutzen ziehen, um unsere Wirtschaft nachhaltiger zu gestalten und damit fit zu machen für die Zeit nach der Krise, wird aus ihr eine Chance. Die CVP, die bürgerliche Partei, die sich auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung am stärksten hervorgetan hat, geht hier eine Verpflichtung ein, indem sie ihren Massnahmenkatalog «Swiss New Deal – Green Economy» lanciert. Wir setzen auf nachhaltige öffentliche und private Investitionen sowie auf starke steuerliche Anreize.

2. Die schweizerische Energiepolitik ist für unser Land und seine Wettbewerbskraft ein Vorteil. Wir sind das Wasserschloss Europas und erzeugen sehr begehrte Spitzenenergie. Viele Projekte wie Pumpspeicherkraftwerke ermöglichen es uns, diese unanfechtbare Führungsposition zu festigen. Bei den erneuerbaren Energien – einem Bereich mit grossem Potenzial – ist die Schweiz ins Hintertreffen geraten; nun müssen wir voranschreiten, und die CVP ergreift entsprechende Massnahmen.

3. Höchste Priorität hat die Energieeffizienz. Die beste Energie ist jene, die nicht verbraucht wird. Zweite Priorität: die erneuerbaren Energien, vorab die Wasserkraft. Dritte Priorität: der Ersatz eines Kernkraftwerks muss bald in Betracht gezogen werden, bevor die Strom-einfuhr-Verträge mit dem Ausland auslaufen.

4. Für die CVP steht die rasche Einführung eines ökologischen Steuersystems im Vordergrund (Bonus-Malus aufgrund der CO₂-Emissionen, Anreiz zur Verschrottung alter Fahrzeuge), sowohl auf Bundes- wie auf kantonaler Ebene. Dieses System muss einfach und transparent sein, damit die Verbraucher ein «grünes» Auto erkennen können und der Kaufanreiz verstärkt wird. Wir müssen unsere Vorschriften an den strengen EU-Normen für neue Fahrzeuge ausrichten.

5. Auf dem Gebiet der Energieeffizienz sind zwingende Massnahmen in der Form von Mindestanforderungen an die in Verkehr

gebrachten Geräte nötig (beste verfügbare Technologie) in Übereinstimmung mit den von der EU gesetzten Fristen. Bei der Förderung der erneuerbaren Energien gibt es gute Anreize, wie die kostendeckende Einspeisevergütung, die verstärkt werden müssen. Sie sind notwendig, um die Investitionen in die erneuerbaren Energien zu erhöhen.

Fulvio Pelli, FDP.Die Liberalen:

1. Die Wirtschaftskrise stellt uns vor Herausforderungen, die wir meistern müssen. Eine zentrale Frage ist, wie die Schweiz künftig eine sichere, nachhaltige und bezahlbare Energie beziehen kann. Notwendig ist die Förderung erneuerbarer Energien, aber auch der Bau von Grosskraftwerken. Ein weiterer FDP-Schwerpunkt ist die intelligente Energienutzung zur Senkung des Verbrauchs. Damit vergrössert sich der energiepolitische Spielraum – die Krise wird zur Chance. Wir befürworten steuerliche Anreize für die Gebäudesanierung ebenso wie eine Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe für Heizungsmodernisierungen; der Grossteil des privaten Energieverbrauchs dient der Wärmeerzeugung.

2. Wenn Politik und Gesellschaft sich nicht von festgefahrenen Überzeugungen im Energiebereich befreien, wird die Energiepolitik der Schweiz zu einem Handicap für die Wirtschaft. Mit einem neuen pragmatischen Vorgehen können wir hingegen eine vernünftige Energieversorgung auch für die Unternehmen sicherstellen und ihnen einen Standortvorteil verschaffen.

3. In der Energiepolitik setzen wir auf intelligente Stromtarife, die Förderung erneuerbarer Energien, etwa Solarenergie und Wärme aus der Tiefe, sowie auf Energieeffizienz. Bei der Energieversorgung fordert die FDP den Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke. Sinnvoll sind die Nutzung von Abwärme und Blockheizkraftwerke. Der Energieverbrauch lässt sich durch Haus-Energiemanagement, eine der Nachfrage besser angepasste Stromversorgung und moderne Heizungs- und Gebäudetechnik senken.

4. Wir denken beispielsweise an verbesserte Rahmenbedingungen, um die Markteinführung von Elektroautos zu erleichtern. Insbesondere Public-Private-Partnerships zur Lancierung von Selbstbedienungsautos mit Elektroantrieb in den grossen Agglomerationen sind interessant.

5. Die FDP setzt sich für mehr Eigenverantwortung ein. Es sollte der Verbrauch und nicht der Besitz eines Autos besteuert werden. Wer den öffentlichen Verkehr statt sein

Fahrzeug benützt, zahlt weniger. Wir fordern die Abschaffung der Automobilsteuer auf importierten Fahrzeugen sowie der kantonalen Motorfahrzeugsteuern. An deren Stelle soll die Besteuerung des Verbrauchs eingeführt werden. Die Steuerausfälle müssen jedoch durch Mehreinnahmen aus der Mineralölsteuererhöhung kompensiert werden und die Reform aufkommensneutral erfolgen.

Toni Brunner, SVP Schweiz:

1. Eher eine Gefahr. Denn im Zuge der Wirtschaftskrise werden auch in der Schweiz Pläne geschmiedet für neue und teure Konjunkturprogramme. Diese hebeln die Schuldenbremse aus und führen in eine fatale Neuverschuldung.

2. Unsere Energiepolitik ist eine grosse Baustelle. Neue einschränkende und teure Vorschriften, Verordnungen und Gesetze sind an der Tagesordnung. Im Klimabereich will der von Mitte-Links dominierte Bundesrat im vorausseilenden Gehorsam ein Präjudiz bezüglich der CO₂-Reduktionsziele bis ins Jahr 2020 schaffen.

3. Neben den erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz braucht es neue Grosskraftwerke. Wir befürworten daher den Ausbau der Wasserkraft und fordern den Ersatz von bestehenden Kernkraftwerken. Aufgrund des nahezu CO₂-freien schweizerischen Strommixes sind Gaskraftwerke zur Stromerzeugung keine ideale Lösung. Als Übergangslösung sind sie zu prüfen.

4. Feuerwehrrübungen braucht es nicht. Die Schweiz steht in Sachen CO₂-Ausstoss im Vergleich zu anderen Ländern sehr gut da. Neue Klimaschutz-Massnahmen ergeben nur dann Sinn, wenn sich alle Staaten beteiligen und für die Schweiz keine Wettbewerbsnachteile entstehen. Die SVP lehnt daher im Treibstoffbereich einen Schweizer Sonderzug ab, der zu neuen Abgaben zulasten der Bevölkerung und Wirtschaft führt. Die Schweizer Bevölkerung ist auf eine hohe Mobilität angewiesen. Denken Sie nur an die Bergregionen.

5. Unverhältnismässige staatliche Verbote, Zwangsmassnahmen und Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit, auch wenn Sie unter dem Deckmantel des Klimaschutzes erfolgen, lehnt die SVP ab. Die heutigen Massnahmen genügen vollauf. Es braucht keine neuen Vorschriften.

*Stellungnahmen zusammengetragen von
Matthieu Buchs*